

Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Tätigkeiten · Nachrichten · Meinungen

Allgemeines

39. Generalversammlung: Unterschiedliche Bilanzierung seitens der Großmächte — »Staatsterrorismus« — Scheinhellige Aufregung um die Erweiterung der ECA-Gebäude (1)

Die 39. Generalversammlung, am 18. September 1984 eröffnet und am 18. Dezember vorläufig abgeschlossen, brachte keine großen Überraschungen und verlief relativ ruhig in wenig konfrontationsträchtigen Klima. Der bevorstehende 40. Jahrestag und sein Motto *Mit den Vereinten Nationen auf dem Weg in eine bessere Welt* regen hier und da das Bewußtsein an, mit den vorhandenen Instrumenten sorgsam umzugehen, auch wenn sie zum Teil schon lange außer Gebrauch sind. Der Abstecher des sowjetischen Außenministers Gromyko von der Generalversammlung zum Weißen Haus in Washington — mitten im amerikanischen Wahlkampf — und die Verabredung der beiden Supermächte, in Genf Anfang Januar über eine Fortsetzung des Abrüstungsgesprächs zu beraten, weckten Hoffnungen und Erwartungen. Der Trend zu weltpolitischer Polarisierung setzte sich fort. »Jalta teilte nur Europa. Jetzt ziehen die Supermächte Trennungslinien rund um den Globus«, meinte ein skandinavischer Diplomat. In einer für seine Zurückhaltung ungewöhnlichen Erklärung zu Beginn der Plenardebatte über 64 Abrüstungsresolutionen machte sich Generalsekretär Pérez de Cuéllar zum Sprecher der Kleineren und Abhängigen und fragte die Kernwaffenmächte: »Mit welchem Recht entscheiden Sie über das Schicksal der gesamten Menschheit?« Sich auf die nukleare Abschreckung zu verlassen bedeute, eine Dauergemeinschaft der Angst zu akzeptieren.

Vereinigte Staaten sehen Erfolge

Für die US-Botschafterin Kirkpatrick war es eine »sehr konstruktive Session«. Sie stellte nach vierjähriger Amtszeit fest, die Vereinigten Staaten hätten weitere Fortschritte dabei gemacht, Fair play für alle Mitglieder zu sichern (besonders für Israel und die USA) und etwas gegen die diplomatisch unzivilisierten selektiven Namensnennungen vor allem Israels und der USA beispielsweise in Resolutionen zu tun, die sich gegen Südafrika richten, während doch weder in der Afghanistan-Resolution die Sowjetunion noch in der Kamputschea-Resolution Vietnam genannt worden seien. (Dennoch wurden allein am 12. Dezember 11 entsprechende amerikanische Zusatzanträge zu Namibia-Resolutionen abgelehnt; bei den Resolutionen gegen Südafrika gelang es der US-Delegation, daß drei die USA verurteilende Absätze gestrichen wurden.) Sie verbuchte als Erfolg, daß Puerto Rico auch diesmal kein

Thema war, die Mandate Israels und Grenadas bestätigt, eine von Nicaragua beantragte Mittelamerika-Resolution blockiert, gemeinsam mit der Sowjetunion Herausforderungen des Antarktis-Vertrags abgewiesen und Personalkostensteigerungen des Sekretariats verhindert wurden (unter anderem durch die Androhung, der US-Kongreß werde hier den 25prozentigen amerikanischen Anteil zurückhalten). USA, UdSSR und die gesamte Generalversammlung verweigerten den UN-Beamten, deren Grundgehälter seit zehn Jahren eingefroren sind, einen objektiv als notwendig festgestellten Kaufkraftausgleich von 9,6 Prozent für den Dienort New York.

Schon im Sommer hatte die US-Regierung eine Themenliste an zahlreiche Regierungen verschickt mit dem dringenden Wunsch, die jeweiligen UN-Delegationen mögen sich der amerikanischen Stimmführung anschließen. Grundlage dafür waren eine für den US-Kongreß angefertigte Statistik über das Abstimmungsverhalten in der 38. UN-Generalversammlung gewesen und die politische Ankündigung, dieses werde Folgen für die bilaterale Zusammenarbeit zeitigen.

Die »Washington Post« schrieb von einer »überraschenden Aufwertung amerikanischer diplomatischer Macht«, zitierte aber auch »gemäßigte« Stimmen der Dritten Welt, die amerikanische Arroganz und Einschüchterung beklagen, deren Erfolg jedoch auf die gegenwärtigen Hunger- und Todeskrisen zurückzuführen, die keine andere Wahl als Folgsamkeit ließen. Amerikanische Kritiker bedauern, daß die USA sich bei der Wiederherstellung ihrer Autorität in den Vereinten Nationen ähnlicher Taktiken wie die Sowjets bedienen und wünschen sich statt grober Machtpolitik mehr Überzeugungskraft für positive politische Ziele, wobei sie einräumen, daß die Konfrontationspolitik von Dr. Kirkpatrick jedenfalls gegen die UNO gerichtete Strömungen auf dem rechten Flügel der republikanischen Regierungspartei beruhigt habe. Der amerikanische UNESCO-Austritt und seine eher politische als sachlich stichhaltige Begründung hatten entsprechende Signalwirkung.

Sehr erfreut äußerte sich Frau Kirkpatrick über die nach vierwöchiger Beratung im Konsens beschlossene »Deklaration über die kritische Wirtschaftslage in Afrika«, die frei von Ideologie sei. In der Tat wurde hier erstmals ein Regionalproblem der Dritten Welt von allen gemeinsam aufgegriffen.

Sowjetunion glaubt sich bestätigt

Die im Konsens nach siebenjähriger Vorbereitung beschlossene Konvention gegen die Folter, die Präsident Paul J. F. Lusaka unter den Erfolgen dieser Tagung an erster Stelle nannte, wird im Resümee der sowjetischen UN-Mission nicht erwähnt. Für sie war die Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum

das »Thema aller Themen in den internationalen Beziehungen«. Die betreffende Resolution sei auf Antrag blockfreier Regierungen »in Konsultationen mit sozialistischen Staaten« beschlossen worden. Während die Abstimmung über die Verhütung des Wettrüstens im Weltraum vor einem Jahr noch mit 147 Ja gegen das Nein der USA bei Enthaltung Großbritanniens ausging, trugen die USA jetzt der Weltmeinung insofern Rechnung, als sie sich diesmal (bei der Resolution 39/59) enthielten und Großbritannien zur Mehrheit überwechselte (+ 150, - 0, = 1). Die Stellungnahme der Bundesregierung, die bemängelte, Länder, die anderen den Wunsch nach Militarisierung des Weltraums unterstellten, nutzten selbst einen großen Teil ihrer Satelliten für militärische Zwecke und hätten sogar ein operatives Anti-Satellitensystem, änderte nichts daran, daß auch Bonn die Weltraum-Aufrüstung entschieden ablehnte. Der bereits vor einem Jahr geforderte Ad-hoc-Ausschuß kam freilich bei der Abrüstungskonferenz in Genf nicht zustande. Neu aufgegriffen hat die Generalversammlung die Besorgnis zahlreicher Wissenschaftler über einen »nuklearen Winter« (Klima-Folgen eines Atomkriegs) und — ohne Gegenstimmen — den Generalsekretär aufgefordert, alle wissenschaftlichen Studien zu diesem Thema zu sammeln.

Unter Federführung der Bundesrepublik Deutschland entstand erstmals ein westlicher Entwurf über »Verhütung des Nuklearkriegs einschließlich aller damit zusammenhängender Probleme: Kriegsverhütung im Nuklearzeitalter«, mit dem »rational« um Unterstützung bei den Blockfreien geworben werden sollte. Er wurde dann aber wegen Protesten nicht nur Kubas, sondern unter anderem auch Indiens und Brasiliens schon im zuständigen Hauptausschuß vor einer Abstimmung zurückgezogen. Es soll weiter dafür geworben werden. Der Entwurf (UN-Doc.A/C.1/39/L.40/Rev.1) gilt als die derzeit beste Darstellung der westlichen Position zu Abrüstungsfragen, da sie die »nukleare Option« aufrecht erhält, so lange die Sowjetunion vor allem in Europa konventionell überlegen bleibt. Die Kritiker sahen hier eine Ablenkung von der Priorität der Verhütung eines Nuklearkriegs und eine Veränderung der Zielsetzung des Schlußdokuments der ersten Abrüstungs-Sondergeneralversammlung von 1978.

Das zweite Hauptanliegen der Sowjetunion betraf die »Unzulässigkeit einer von Staaten betriebenen Terrorismuspolitik und aller Maßnahmen eines Staates, die das politische und gesellschaftliche System anderer souveräner Staaten unterminieren sollen« (A/Res/39/159). In zähem Ringen wurde der sowjetische Entwurfstext, der unter anderem auf die amerikanische Mittelamerika-Politik abstellte, so verändert, daß auch die militärischen Interventionen in Kamputschea und Afghanistan als »Staatsterrorismus« interpretiert werden können. Die mit 117 Ja ohne Gegenstimme bei 30 Enthaltungen beschlossene Resolution und die Unklarheiten ihrer Definition können dazu führen, daß nunmehr beide Supermächte sich wechselseitig des Staatsterrorismus beschuldigen, den etwa US-Vertreter Sorzano als einen integralen Bestandteil der sowjetischen Außenpolitik bezeichnete.

Mit 92 Ja ohne Gegenstimme bei 34 Enthaltungen wurde eine Erklärung über das

›Recht der Völker auf Frieden‹ (A/Res/39/11) verabschiedet, womit — vor allem auf Initiative des Ostblocks — die klassischen individuellen Menschenrechte diesmal durch die feierliche Verkündung erweitert wurden, »daß die Völker unseres Planeten ein heiliges Recht auf Frieden besitzen«. Eine ähnliche Resolution mit Bezug auf das ›Recht auf Leben‹ (A/Res/39/134) wurde auch von der Bundesrepublik abgelehnt (+ 124, - 6, = 17).

Im Zusammenhang mit dem Chemie-Unfall im indischen Bhopal verdient die neuerliche Resolution über Schutz vor Produkten Beachtung, die für Gesundheit und Umwelt schädlich sind. Wie 1982 stimmten die USA als einzige gegen die konsolidierte Liste der UN, mit der Importländer Informationen erhalten sollen (Resolution 39/229: + 147, - 1, = 0). Die Vereinigten Staaten bestreiten die Zuständigkeit der zwischenstaatlichen Organisation UNO, derart in den freien Handel von Pharmazeutika und Chemikalien einzugreifen, provozieren damit jedoch — vor allem nach Bhopal — Kritik in der eigenen Öffentlichkeit.

Hunger als Propagandamittel

Mit dem vorläufigen Abschluß der 39. Generalversammlung fiel die medienwirksame Erregung über die Bereitstellung von Mitteln für ein Konferenzgebäude der UN-Wirtschaftskommission für Afrika (ECA) am Sitz dieser Regionaleinrichtung zusammen. Unumstritten ist, daß diese Kommission gerade angesichts der Krisenerscheinungen auf dem Kontinent der Stärkung bedarf, wozu nun einmal (auch dort) ein Ausbau von Infrastrukturen notwendig ist: An Stelle teurer und weitverstreuter Provisorien soll bis 1990 ein Konferenzzentrum für die ECA entstehen; die Planung begann 1981 und das Bauprojekt wurde zunächst mit 90 Mill, dann — nach Streichungen durch die zuständigen Gremien — mit 73,5 Mill Dollar veranschlagt. Das Vorhaben wurde am 18. Dezember von der 39. Generalversammlung gebilligt (+ 122, - 5, = 16).

Pech für die ECA war allerdings, daß ihr Sitz sich in Addis Ababa befindet, der Hauptstadt eines von einer Militärjunta mit sozialistischem Anspruch regierten Staates, der derzeit von einer Hungerkatastrophe geschlagen ist. Zwar hatte die Kommission genau wie die Organisation der Afrikanischen Einheit sich schon zu Zeiten des Kaisers Haile Selassie in Äthiopien niedergelassen, zwar kommt das geplante Konferenzzentrum nicht unmittelbar der derzeitigen äthiopischen Regierung (die immerhin das Baugelände geschenkt sowie Zoll- und Steuerfreiheit für Materialimporte zugesagt hat) zugute, zwar steht die bewilligte Summe von 73,5 Mill Dollar aktuell noch gar nicht zur Verfügung, zwar wurden von der Generalversammlung zur gleichen Zeit und von der Öffentlichkeit unbeachtet 44 Mill Dollar für die Erweiterung des Gebäudes der Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik (ESCAP) in Bangkok genehmigt — all dies kein Anlaß für den amerikanischen Delegierten Richard Nygard, vor einer theatralischen Gegenüberstellung von Hunger und Bauvorhaben in Äthiopien zurückzusehen. Er machte Schlagzeilen, indem er die Rechnung aufstellte, daß man mit dem Betrag 125 000 äthiopische Familien ein Jahr lang ernähren könnte. (Was er sich gehütet hat zu sagen:

Mit den 50 Mill Dollar, die ein einziges modernes Kampfflugzeug kostet, könnte man 10 Mill Kinder gegen gleich sechs Krankheiten impfen; die fraglichen 73,5 Mill aber sind ein Viertelpromille dessen, was die Amerikaner pro Jahr für ihren Verteidigungshaushalt ausgeben.) Am Rande mag interessieren, daß US-Delegierter Nygard bei der Ausschußberatung am 16. Oktober das Projekt als »überzogen und zu teuer« bezeichnet hatte, jedoch damals keinerlei Verknüpfung mit dem Hunger in Äthiopien oder der kritischen wirtschaftlichen Lage des Landes hergestellt hatte. Dies geschah am 6. November durch Dr. Kirkpatrick in der Plenardebatte über die kritische Wirtschaftslage in Afrika.

Das für Gesamtafrika gedachte Unternehmen wurde so von amerikanischer Seite bewußt in ein Statussymbol für das Sozialistische Äthiopien (so auch die offizielle Staatsbezeichnung) verfälscht, und die westlichen Medien griffen diese verzerrte Darstellung nur allzu rasch auf. Auch in der Bundesrepublik Deutschland, was dazu führte, daß die Stimmenthaltung der Bonner Delegation vom 18. Dezember bei der Abstimmung über das Projekt nachträglich durch einen Brief des Bundesaußenministers an den UN-Generalsekretär relativiert wurde: »angesichts der Ernährungslage in Äthiopien« halte auch Bonn den Ausbau der Gebäude »für nicht vertretbar«.

Kurzfristig populär mag diese Stellungnahme gewesen sein; der langfristige Schaden für das Ansehen der Vereinten Nationen wurde mit diesem Brief nicht abgewendet — was mit Sachinformationen wenigstens hätte versucht werden können —, sondern eher vergrößert. Dabei war die Stimmabgabe des Bonner Vertreters am 18. Dezember keineswegs Panne oder Eigenmächtigkeit gewesen — die eigentliche Entscheidung nämlich war bereits am 16. Oktober im zuständigen 5. Hauptausschuß der Generalversammlung gefallen (+ 83, - 3, = 13), als die Bundesrepublik Deutschland ihr Votum abgab. Und für die damalige, dann am 18. Dezember nur wiederholte Stimmenthaltung sprachen aus Bonner Sicht gute Gründe: Der Grundgedanke, auf strikte Haushaltsdisziplin zu dringen — weswegen die Bundesrepublik ja dann auch den Nachtragshaushalt insgesamt ablehnte —, zum anderen aber sinnvolle Maßnahmen nicht zu blockieren.

Große Themen — Sorgen der Kleinen

Die 39. Jahrestagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen war mit 143 Tagesordnungspunkten befaßt, von denen sie einen — Ost-Timor — gleich zu Beginn zum zweiten Mal undiskutiert auf nächstes Jahr vertagte, damit einen gravierenden Menschenrechts- und Selbstbestimmungsfall innerhalb der Dritten Welt (Indonesien) unter Geschäftsinteressen und Medien-Desinteresse begrabend.

12 Punkte blieben unerledigt, darunter wieder die globalen Verhandlungen, die Zypernfrage und das kuriose Projekt einer Fünfhundertjahrfeier der ›Entdeckung‹ Amerikas durch Christoph Kolumbus, die nun einmal Bestandteil der Kolonialismus-Geschichte bleibt. Generalsekretär Pérez de Cuéllar hat ernste Bedenken gegen die nahezu automatische Wiederholung bestimmter Themen und Debatten erhoben — manches sei teuer, zeitraubend und ineffektiv.

Die ›Lackmus-Test‹-Resolutionen über Af-

ghanistan (A/Res/39/13) mit + 119, - 20, = 14 (1983: + 116, - 20, = 17) und Kamputschea (A/Res/39/5) mit + 110, - 22, = 18 (1983: + 105, - 23, = 19) haben beide noch mehr Kritik an Vietnam bzw. der Sowjetunion angezeigt als im Vorjahr. Der nun schon zum dritten Mal von Iran gestellte Antrag, Israel das Recht zur Teilnahme an der Generalversammlung zu verweigern (»kein friedliebender Staat«), wurde wieder durch Nichtbefassung prozedural erledigt (1983: + 79, - 43, = 19; 1984: + 80, - 41, = 22, unter den Enthaltungen die von China und Indien). Iran nannte »das zionistische Gebilde nichts anderes als ein illegitimes Abfallprodukt des Imperialismus«, das sich kaum der Mitgliedschaft in der Völkergemeinschaft wert gezeigt habe. Fast einmütig (+ 140, - 1, = 3) verlangte die Generalversammlung in ihrer Resolution 39/95 B, Israel solle das Genfer Abkommen zum humanitären Völkerrecht von 1949 in den besetzten Gebieten anerkennen und einhalten (in der Einzelabstimmung darüber, daß dieses Abkommen dort anwendbar sei, stimmten sogar die USA gegen Israel: + 143, - 1, = 0). Die Südafrika-Resolutionen verlangten unter anderem Sanktionen und »totale Isolierung« (+ 123, - 15, = 15). Die Antarktis-Vertragspartner aus allen Regionen und ideologisch-politischen Lagern konnten nicht verhindern, daß die Habenichtse das Thema in der Generalversammlung weiter diskutieren werden und dabei auch gegen die Kooperation sogar der UdSSR mit Südafrika in diesem Rahmen protestieren.

Als 159. Mitgliedstaat wurde Brunei Darussalam aufgenommen (vgl. VN 6/1984 S. 206), dessen Staatsoberhaupt zur Feier des Tages UNICEF einen Scheck über 1 Mill Dollar überreichte. Die Nachwahl von fünf nichtständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats wurde mit Australien anstelle von Malta, Trinidad und Tobago anstelle von Nicaragua und mit Thailands Kampfabstimmungs-Erfolg gegen die Mongolei als in der Tendenz prowestlich eingeschätzt; aus der Afrikanischen Gruppe konnte sich das als prosojetisch geltende Äthiopien nicht durchsetzen, gewählt wurde Madagaskar. Alle westlichen Kandidaten für den Internationalen Gerichtshof wurden gewählt. Daß Bonn mit einem Beamten, dem Regierungsdirektor Jobst Holborn, wieder im einflußreichen 16köpfigen Beratenden Ausschuß für Verwaltungs- und Haushaltsfragen vertreten ist, bedeutet Anerkennung für geleistete Arbeit.

In der Generaldebatte zu Beginn der Tagung haben 124 Außenminister gesprochen, wurden 150 Reden gehalten. Die Auftritte des amerikanischen Präsidenten Reagan und des sowjetischen Politbüromitglieds Gromyko waren herausragende Ereignisse, die einer skeptischen Öffentlichkeit jedenfalls den Wert der UN als Bühne der Weltpolitik bestätigten. Bundesaußenminister Genschers Initiative für eine globale Umweltpolitik blieb stecken. Wenig Erfolg hat bisher der in Resolution 39/6 ergangene Appell an Großbritannien und Argentinien, die Verhandlungen über das Falkland-(Malwinen-)Problem wieder aufzunehmen (+ 89, - 9, = 54). Am Rande gab es unter anderem sowjetisch-chinesische Gespräche, aber auch — erstmals seit sechs Jahren wieder — ein Außenministertreffen zwischen den USA und der DDR. Die Rede des argentinischen Präsidenten Raúl Alfonsín unterstrich die Schuldenpro-

bleme der Dritten Welt, der Beschluß zur Abhaltung einer Konferenz über den Zusammenhang zwischen Abrüstung und Entwicklung (A/Res/39/160) thematisierte ein weiteres zentrales Anliegen dieser Staaten-gruppe.

Was die »Kleinen« zu sagen hatten, wurde kaum beachtet — etwa als Mhambi Mnisi, der Außenminister von Swasiland, berichtete, sein Land habe in den letzten drei Jahren die schlimmsten wirtschaftlichen Rückschläge seiner Geschichte erlitten, in drei Tagen habe ein verheerender Regen »alle Arbeit Swasilands nach seiner Unabhängigkeit fortgeschwemmt«.

Ansgar Skriver □

Politik und Sicherheit

Abrüstungskonferenz: Kein Durchbruch, aber kleine Fortschritte bei den chemischen Waffen — Zunehmender Druck auf die Strategie der nuklearen Abschreckung (2)

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 6/1983 S.193f. fort. Siehe auch die Aufsätze von Alois Mertes und Wilhelm Bruns in VN 5/1984.)

Sachlicher und geschäftsmäßiger als mancher Beobachter es für das »Stationierungsjahr« 1984 erwartet hatte, verliefen die Verhandlungen der erstmals unter dieser Bezeichnung tagenden *Abrüstungskonferenz* in Genf (7.2.–27.4. und 12.6.–31.8.1984). Ein wenig Hoffnung in diese Richtung hatte schon die April-Tagung der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten aufkommen lassen, deren Schlußkommuniqué auch einige versöhnliche Töne enthielt. Gelegentliche Aufforderungen des Westens an die Sowjetunion, ihrer Verantwortung als Atommacht zu entsprechen und die bilateralen Abrüstungsgespräche mit den Vereinigten Staaten wieder aufzunehmen, wurden von dieser zwar regelmäßig mit der Bemerkung zurückgewiesen, die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa habe ein *Fait accompli* geschaffen, der weitere Verhandlungen unmöglich mache; die Kontroverse wirkte sich aber nicht durchgängig in allen Bereichen der Konferenzarbeit aus.

Der Rahmen der Beratungen war auch in dieser Sitzungsperiode durch den sogenannten Dekalog (das sind die zehn Bereiche, in denen die Konferenz sich um Abrüstung und Rüstungskontrolle bemühen soll) gesteckt. Aus diesem weitgefaßten Programm wurden einige Punkte ausführlicher behandelt. Über den Verhandlungsstand soll im folgenden berichtet werden. Vorab sei noch daran erinnert, daß die Konferenz nur im Konsensverfahren Beschlüsse fassen kann.

Umfassender Atomwaffen-Teststopp: Nach wie vor weigern sich China und Frankreich, an den Erörterungen hierzu teilzunehmen. Die Bemühungen, wie in den vergangenen Jahren eine Arbeitsgruppe zu dem Thema einzusetzen, scheiterten an dem Widerstand einiger westlicher Staaten, der Arbeitsgruppe nunmehr ein Verhandlungsmandat zu erteilen. Während die Blockfreien und Neutralen (»Gruppe der 21«) ebenso wie die Ostblockstaaten die Zeit für die Aushandlung eines umfassenden Teststopp-Vertrages für gekommen halten, sehen die westlichen Staaten nach wie vor ungelöste Verifikationsprobleme. Dies wiederum hält die sozialisti-

sche Gruppe für einen Vorwand, hinter dem der mangelnde politische Wille zur Einigung versteckt werden soll. Die Verifikationsfrage ist derzeit auch Gegenstand der Arbeiten einer Wissenschaftlergruppe, die globale seismische Tests durchführen soll. Mit den Ergebnissen dieser Versuche wird sich die Konferenz möglicherweise bereits bei ihrer nächsten Tagung befassen müssen.

Beendigung des nuklearen Wettrüstens und nukleare Abrüstung: Die Versuche der sozialistischen Staaten und der »Gruppe der 21«, eine entsprechende Arbeitsgruppe einzusetzen, blieben mangels westlicher Zustimmung erfolglos. Jene Staaten erklärten, daß bilaterale Verhandlungen der Supermächte den geeigneteren Rahmen für dieses Thema böten. Darüber hinaus seien nukleare und konventionelle Rüstung zusammen zu betrachten, es gehe um die Stärkung der internationalen Sicherheit insgesamt. Demgegenüber beharrte die »Gruppe der 21« darauf, daß es nicht angehen könne, daß einige Staaten, deren militärisches Konzept auf dem Besitz von Kernwaffen basiere, »die Zukunft der Menschheit« als »Geisel« für die Verfolgung ihrer Sicherheitsbedürfnisse nähmen. Die einzigartige Zerstörungskraft von Atomwaffen mache es unmöglich, konventionelle und nukleare Abrüstung voneinander abhängig zu machen.

Verhütung von Nuklearkriegen: Gegen Ende der Frühjahrstagung hatte es für einen Moment den Anschein, als sei die Einsetzung einer Arbeitsgruppe für diesen Bereich möglich. Die Blockfreien und Neutralen hatten ihr ursprüngliches Ziel, in Verhandlungen über ein entsprechendes Abkommen einzutreten, aufgegeben und sich mit einem westlichen Vorschlag einverstanden erklärt, die Arbeitsgruppe nur mit einer Art Stoffsammlung zum Problem der internationalen Sicherheit im Nuklearzeitalter zu betrauen. Es stellte sich aber heraus, daß einige westliche Staaten, darunter die USA, den Vorschlag aus den eigenen Reihen nicht akzeptierten, so daß am Ende kein Konsens zustande kam. Die Argumentationslinien entsprachen den oben wiedergegebenen in wesentlichen Punkten. Die »Gruppe der 21« möchte zunächst die Arsenale der USA und der UdSSR einfrieren, dann einen Verzicht auf den Ersteinsatz von Massenvernichtungsmitteln herbeiführen und diesen schließlich auf nukleare Gefechtsfeldwaffen ausdehnen.

Chemische Waffen: Der schon für 1983 erwartete Durchbruch ist wiederum ausgeblieben, aber es gelang erstmals, in der seit 1980 bestehenden Arbeitsgruppe substantielle Verhandlungen aufzunehmen. Textentwürfe über den Anwendungsbereich einer zukünftigen Konvention und die Definition des Begriffs »chemische Waffen« liegen vor. Andere Bereiche (Erklärung über Waffenbestände und deren Zerstörung, Zeitplan für eine ausgewogene chemische Abrüstung, Verifikationsfragen) wurden ausführlich diskutiert. Viele, auch wichtige und strittige Fragen sind noch offen, insgesamt scheint der Verlauf der Arbeiten jedoch Anlaß für einen gewissen Optimismus zu geben. Die Arbeitsgruppe wird ihre Tätigkeit 1985 fortsetzen. Die chemischen Waffen waren auch Gegenstand des herausragenden Ereignisses der 1984er Tagung: US-Vizepräsident George Bush legte einen Vertragsentwurf seines Landes zu dem Thema vor. Die dort vorgesehenen Ortsinspektionen (System der »offe-

nen Einladung« an ein internationales Gremium) wurden vom Ostblock allerdings als unannehmbar zurückgewiesen. Auch wurden Zweifel daran geäußert, ob die USA selbst sich tatsächlich einem entsprechenden Kontrollsystem unterwerfen würden. Der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland wies darauf hin, daß die Konvention nicht zu unzumutbaren Auflagen für die private chemische Industrie führen dürfe.

Verhinderung eines Wettrüstens im Welt-raum: Hier sind überhaupt keine Fortschritte zu verzeichnen. Die Einsetzung einer Arbeitsgruppe scheiterte an der Kontroverse über deren Mandat. Während die sozialistischen Staaten und die »Gruppe der 21« auf einem Verhandlungsauftrag bestanden, waren die westlichen Länder nur bereit, eine Arbeitsgruppe mit der Stoffsammlung zu betrauen. Der zuletzt genannten Staatengruppe wurde deshalb Mißbrauch der Konsensregel vorgeworfen. In der Sache geht es einerseits um Antisatellitenwaffen, andererseits um die amerikanischen Pläne für ein weltraumgestütztes Raketenabwehrsystem. Dieses greifen die Ostblockstaaten mehr aus sicherheitspolitischen Gründen an, während für die Neutralen offenbar eher die wirtschaftlichen Folgen einer solchen Waffenentwicklung wegen der exorbitanten Kosten im Vordergrund stehen.

Radiologische Waffen: Die Arbeitsgruppe zum Verbot dieser Waffen (sie setzen ohne Explosion Strahlung frei) tritt auf der Stelle. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß eine Einigung über den schwedischen Vorschlag, in diesem Zusammenhang auch Angriffe auf zivile Nuklearanlagen zu verbieten, nicht zu erzielen ist. Einige Delegationen erklärten, der schwedische Vorschlag gefährde letztlich sowohl den Erfolg bei den radiologischen Waffen als auch ein Ergebnis bezüglich des Angriffsverbots.

Die Arbeitsgruppen für *Sicherheitsgarantien für Nichtkernwaffenstaaten* und das *umfassende Abrüstungsprogramm* haben keine Ergebnisse erzielen können.

Insgesamt stagnieren die Verhandlungen also nach wie vor. Eine Ausnahme machen die Arbeiten an der C-Waffen-Konvention. Bei den radiologischen Waffen scheinen Fortschritte möglich, vorausgesetzt, daß es gelingt, die Verhandlungen wieder auf ihren ursprünglichen Gegenstand zurückzuführen. Die Strategie der nuklearen Abschreckung wird wegen ihrer Folgen für an einem Konflikt unbeteiligte Drittstaaten immer heftiger angegriffen.

Horst Risse □

Wirtschaft und Entwicklung

ILO: Polen tritt aus — Normenkontrollverfahren im Visier der Ostblockstaaten — Dritte Welt läßt sich nicht einspannen (3)

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 5/1984 S.170 f. fort).

I. Die Volksrepublik Polen hat ihre Drohung wahrgemacht und ihren Austritt aus der in Genf ansässigen Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bekanntgegeben. Den Statuten gemäß wird der Austritt zwei Jahre nach seiner Notifizierung — das wäre am 17. November 1986 — rechtskräftig. Vordergründiger Anlaß zu diesem Schritt ist die Annahme eines Untersuchungsberichtes über